www.kommunsense.de
Daten – Fakten – Hintergründe

Bundesrat stoppt Abfallgesetz

Der Bundesrat hat das Abfallgesetz, mit dem eine bessere Wiederverwertung von Müll ermöglicht werden soll, vorerst gestoppt. Die Länder riefen am 25.11.2011 den Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag an, der nun einen Kompromiss suchen soll. Hauptgrund für die Bedenken vor allem der von SPD und Grünen regierten Bundesländer ist die Sorge um einen zu geringen Einfluss der Kommunen beim Milliardengeschäft mit dem Müll.

► Vermehrte Nutzung von Müll als Rohstoff

Mit dem Gesetz soll der Müll angesichts knapper werdender Ressourcen verstärkt als Rohstoffquelle genutzt werden, statt in einer der 70 Verbrennungsanlagen zu landen. Bisher gibt es beim Hausmüll eine Recyclingquote von 64 Prozent, die mit der gestoppten Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes auf 65 Prozent bei Haus-müll und auf 70 Prozent bei Bauabfällen leicht gesteigert werden soll.

► Wertstofftonne könnte sich verzögern

Durch die Verzögerung der Verabschiedung ist unklar, ob im Jahr 2012 per separatem Gesetz eine Wertstofftonne eingeführt werden kann, mit der bis zu sieben Kilo pro Einwohner und Jahr an Metallen, hochwertigem Plastik und anderen Stoffen zusätzlich erfasst und recycelt werden sollen.

► Schon heute 50 Milliarden Euro Jahresumsatz

Schon heute werden in Deutschland 13 Prozent der Rohstoffe durch recycelte Abfälle ersetzt. Die Branche macht bis zu 50 Milliarden Umsatz, entsprechend umstritten ist zwischen privaten Entsorgern und Kommunen, wer den Zuschlag für gewerbliche Sammlungen, etwa von Glas und Papier, bekommt. Dem Gesetz-entwurf zufolge soll ein privater Anbieter nur den Zuschlag bekommen, wenn die Kommune nicht über ein eigenes hochwertiges Sammelsystem verfügt. Zudem muss er das Einsammeln, etwa von Papier, für mindestens drei Jahre garantieren, um darf bei fallenden Preisen die Sammlung nicht sofort wieder einzustellen.

► Länder wollen höhere Recyclinquoten

„Wir müssen weg von der reinen Abfallwirtschaft hin zu einer Recyclingwirtschaft“, betonte Niedersachsens Umweltminister Hans Heinrich Sander (FDP). Es gehe dabei um einen fairen Wettbewerb zwischen privaten Entsorgern und Kommunen. Nordrhein-Westfalens

Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) kritisierte, dass die neuen Recyclingquoten viel zu unambitioniert seien und heute schon erreicht würden. Zudem werde die Position der Kommunen im Gesetz nicht genug gestärkt. „Es krankt daran, dass das politische Ungeheuer von Loch Ness, privat vor Staat, in diesem Gesetz wieder aufgetaucht ist."

MATERIALIEN:

>> **BT-Drs.: 17/6052** vom 6. Juni 2011:

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/060/1706052.pdf

„Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts"
(Gesetzentwurf der BReg)

>> **BR-Drs.: 682/11** vom 4. November 2011:

http://www.bundesrat.de/cln_110/SharedDocs/Drucksachen/2011/0601-700/682-11,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/682-11.pdf

„Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts"
(Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages)

>> **BR-Drs.: 682/11** vom 4. November 2011:

http://www.bundesrat.de/cln_161/SharedDocs/Drucksachen/2011/0601-700/zu682-11,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/zu682-11.pdf

„Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts"
(Beschluss des Deutschen Bundestages)

>> **BR-Drs.: 682/1/11** vom 11. November 2011:

http://www.bundesrat.de/cln_161/SharedDocs/Drucksachen/2011/0601-700/682-1-11,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/682-1-11.pdf

„Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts"
(Empfehlungen der Ausschüsse)

>> **BR-Drs.: 682/1/11** vom 25. November 2011:

http://www.bundesrat.de/cln_161/SharedDocs/Drucksachen/2011/0601-700/682-11_28B_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/682-11(B).pdf

„Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts"
(Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den BR)